

**Ausschuß für Haushaltskontrolle****Protokoll**

44. Sitzung (nicht öffentlich)

14. Juni 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Neuhaus (CDU)

Stenograph: Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz zur Neuordnung der staatlichen Finanzkontrolle**

Gesetzentwurf  
aus dem Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/6029

und

aus dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/6167

nach der zweiten Lesung

**Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushaltskontrolle  
- zur zweiten Lesung -  
Drucksache 11/7030**

1

Der Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen das Votum der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion in Abwesenheit der GRÜNEN-Fraktion abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der zweiten Lesung wird mit Stimmenmehrheit der SPD gegen das Votum von CDU und F.D.P. in Abwesenheit der GRÜNEN-Fraktion angenommen.

Berichtersteller: Abgeordneter Jansen (SPD)

**2 Qualität der staatlichen Rechnungsprüfung nachhaltig und dauerhaft sichern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7087

4

Der Ausschuß nimmt Informationen durch den Landesrechnungshof und den Finanzminister entgegen.

**3 Landshaushaltsrechnung 1991 und jahresbericht des Landesrechnungshofs über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1992/93**

Drucksachen 11/5620 und 11/5621

- a) Abschließende Beratung auf der Grundlage des als Entwurf vorliegenden Berichts an den Landtag und Abstimmung über die Entlastung der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1991 gemäß § 114 LHO
- b) Benennung des Berichterstatters für die ergänzende mündliche Berichterstattung gemäß § 29 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags

7

Die Beratung wird vertagt.

**4 Organisationsuntersuchungen in der Landesverwaltung durch externe Unternehmensberater:  
Bericht des Arbeitsstabes Aufgabenkritik zum Stand der Umsetzungsarbeiten abgeschlossener Organisationsuntersuchungen**

Vorlage 11/2865

7

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von MDgt Dr. Kalenberg (FM) entgegen, der dem Ausschußprotokoll als Anlage 2 beigelegt wird.

## **5 Verschiedenes**

- a) "Vorteilsnahme in der öffentlichen Verwaltung"**
- b) Sitzungstermine**
- c) Brandenburg-Reise**

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seite 8 des Diskussionsteils.

\* \* \*

### Aus der Diskussion

#### **1 Gesetz zur Neuordnung der staatlichen Finanzkontrolle**

Gesetzentwurf  
aus dem Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/6029

und

aus dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/6167

nach der zweiten Lesung

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Haushaltskontrolle  
- zur zweiten Lesung -  
Drucksache 11/7030

Der Vorsitzende faßt das bisherige Beratungsverfahren zusammen und verweist auf den diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügten Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion.

**Abgeordneter Diegel (CDU)** richtet folgende Fragen an die SPD-Fraktion: Hat es bei der SPD-Fraktion noch einmal Überlegungen gegeben? Welcher Art waren diese Überlegungen? Ist dabei das Angebot hinsichtlich einer Einzelrichterentscheidung berücksichtigt worden? Welche Begründung hat die SPD-Fraktion für die eine oder andere Änderung bzw. Beibehaltung des Status quo?

**Abgeordneter Grevener (SPD)** hält es für außergewöhnlich, daß die Fraktion, die die dritte Lesung beantrage, Fragen an eine andere Fraktion richte.

In der plenaren Debatte habe der Abgeordnete Diegel eine Regelung vorgeschlagen, nach der der Landesrechnungshof in die Lage versetzt werde, ein Mitglied zu benennen, das über den gesamten Zuständigkeitsbereich des Landesrechnungshofs Aussagen machen solle. Dies sollte in Anlehnung an die Praxis am Bundesrechnungshof geschehen. Allerdings gebe es bei den beiden Rechnungshöfen unterschiedliche Kompetenzen: Bei den Haushaltsberatungen auf Bundesebene seien einzelne Vertreter des Rechnungshofs beteiligt, die deshalb zum gesamten Prüfungsfeld des Bundesrechnungshofs eine Aussage treffen müßten. Eine analoge Verfahrensweise auf Landesebene biete sich nicht an.

Im übrigen mache die CDU-Fraktion ihre Zustimmung davon abhängig, daß das Große Kollegium größer gemacht würde. Die SPD werde dem nicht folgen und wolle eine Ausdehnung nur von fünf auf sieben Mitglieder.

**Abgeordneter Diegel (CDU)** bekräftigt, seine Fraktion habe die dritte Lesung beantragt, um die SPD-Fraktion zum Nachdenken über deren Gesetzentwurf zu bringen, insbesondere unter dem Aspekt der Verabschiedung eines gemeinsamen Gesetzentwurfs. Die politische Ausrichtung sei im jetzigen Verfahren so stark, daß bei der Frage nach Strukturelementen des Landesrechnungshofs Kompromisse nicht mehr möglich seien.

Der Gesetzentwurf lasse praktische Möglichkeiten zu einer Effizienzsteigerung der Finanzkontrolle vermissen. Die SPD-Fraktion täusche mit falschen Vokabeln vor, sie wolle ein ehrenwertes Ziel erreichen. Ihr gehe es eigentlich nur um vordergründige, politische Motive. Er, Diegel, mahne eine ehrliche und ernsthafte Arbeit an. Warum setze die SPD-Fraktion den Landesrechnungshof völlig unnötig dem Verdacht aus, Entscheidungen hinter politischen Vorbehalten zu treffen?

**Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)** plädiert dafür, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, zu einer von allen Fraktionen getragenen Organisation des Landesrechnungshofs zu kommen. Deshalb habe die CDU-Fraktion die dritte Lesung zu Recht beantragt. Nach den Aussagen in der heutigen Sitzung ziehe er den Schluß, daß es nicht zu dieser so wichtigen Gemeinsamkeit kommen werde.

Deshalb habe seine Fraktion vorsorglich einen Änderungsantrag vorbereitet, um schon vor gerichtlichen Auseinandersetzungen die letzte Möglichkeit im Gesetzgebungsverfahren zu nutzen.

Ausschuß für Haushaltskontrolle  
44. Sitzung

14.06.1994  
sl-sto

**Abgeordneter Grevener (SPD)** gibt zu bedenken, die SPD-Fraktion habe sich gegenüber ihrem ursprünglichen Entwurf in vielen Punkten bewegt,

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Riemer [F.D.P.]

um einen Kompromiß zu ermöglichen. Die CDU-Fraktion habe sich in der Endphase nicht bewegt. Deshalb sei bedauerlicherweise keine Gemeinsamkeit zustande gekommen.

Ausweislich einer Berichterstattung im Handelsblatt vermittele sich ihm der Eindruck, daß die CDU-Fraktion den Landesrechnungshof gern zu einem Instrument der Opposition machen würde. Der Landesrechnungshof sei allerdings eine Institution, die dem gesamten Parlament zuarbeite.

**Abgeordneter Diegel (CDU)** bestätigt den Eindruck des Abgeordneten Dr. Riemer, der Antrag der SPD bewirke keine Effizienzsteigerung. Bewegt habe sich die SPD-Fraktion allenfalls in Marginalien. Seine Fraktion habe demgegenüber ein hohes Maß an Bewegungsbereitschaft signalisiert und dies von nur einem einzigen Anliegen abhängig gemacht.

Die CDU-Fraktion habe keinen Antrag eingebracht, sondern werde die Erkenntnisse aus der heutigen Sitzung im Rahmen einer Entschließung verarbeiten.

Der Ausschuß stimmt sodann über den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag ab (siehe "Verhandlungspunkte und Ergebnisse").

Anschließend ergreift der **Präsident des Landesrechnungshofs Dr. Munzert** das Wort: In der Diskussion sei der Eindruck vermittelt worden, die Mitglieder des Landesrechnungshofs seien politisch stärker verankert, als es das Amt gebiete. Bereits in der Pressekonferenz habe er auf die laut Verfassung vorgesehene Aufgabe hingewiesen. Die Mitglieder des Landesrechnungshofs versuchten, diese Aufgabe wertneutral im Sinne des Gesetzes auszufüllen.